KANTON LUZERN

Kantonsrat

A 636

Anfrage Setz Isenegger Melanie und Mit. über die Ressourcenentwicklung in der Staatsanwaltschaft und bei den Gerichten in den Planjahren 2019–2022

eröffnet am 23. Oktober 2018

Im AFP 2019–2022 wird Folgendes festgehalten: «Die Polizei und die Staatsanwaltschaft bilden zusammen die Strafverfolgungsbehörden. Ein Ausbau bei der Luzerner Polizei bedeutet zwangsläufig Mehrarbeit bei der Staatsanwaltschaft. Es ist deshalb angezeigt, mit dem geplanten Ausbau der Polizei auch die Ressourcen der Staatsanwaltschaft anzupassen.» Im aktuellen AFP ist ein Ausbau bei der Polizei von fünf Stellen pro Jahr budgetiert. Bei der Staatsanwaltschaft wird bei einem Grossteil der Indikatoren und statistischen Messgrössen für die Planungsjahre erstaunlicherweise von einer schnelleren Fallerledigung mit gleichzeitiger Erhöhung von Strafverfahren, Strafbefehlen und Anklagen am Kriminalgericht ausgegangen. Im Jahr 2017 verzeichnete die Staatsanwaltschaft einen neuen Höchststand an Verfahren, diese Zahl dürfte mit dem Ausbau der Polizei noch steigen. Gleichzeitig soll ab 2025 auch das EDV-Programm HIS eingeführt, angewendet und mit Justitia 4.0 abgestimmt werden. Bei den Gerichten und Schlichtungsbehörden ergibt sich ein ähnliches Bild. Auch ihre Arbeitsbelastung wird weiter zunehmen.

Dies alles offenbar ohne sichtbare Erhöhung des Personalbestandes in der Staatsanwaltschaft beziehungsweise im Gerichtswesen und im vollen Bewusstsein einer bereits bestehenden Überlastung des Personals.

Wir bitten den Regierungsrat um Beantwortung folgender Fragen:
1. Wie sollen die Anforderungen und der politische Leistungsauftrag an die Staatsanwaltschaft und die Gerichte in Zukunft mit dem budgetierten Personalbestand bewältigt werden?
2. Wie schätzt der Regierungsrat die bereits bestehende und noch weiter zunehmende Belastung der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, Richterinnen und Richter, Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreiber ein?
3. Kann das Leitbild der Staatsanwaltschaft in Bezug auf die Mitarbeitenden auch in Zukunft umgesetzt werden?
4. Welche nachhaltigen (personellen) Massnahmen gedenkt der Regierungsrat für eine funktionierende Strafverfolgung und ein qualitativ hochstehendes Gerichtswesen zu ergreifen?
5. Wie wird die Einführung des EDV-Programms HIS und des Projektes Justitia 4.0 in den betroffenen Bereichen personell bewältigt (gegenseitige Abstimmungen, Installation, Schulungen usw.)?

Setz Isenegger Melanie
Budmiger Marcel
Ledergerber Michael
Meyer Jörg
Fanaj Ylfete
Fässler Peter
Schneider Andy

Schuler Josef
Meyer-Jenni Helene
Wimmer-Lötscher Marianne
Zemp Baumgartner Yvonne
Candan Hasan
Pardini Giorgio
Roth David
Sager Urban
Agner Sara
Frye Urban
Koch Hannes
Reusser Christina
Frey Monique
Estermann Rahel
Stutz Hans
Hofer Andreas
Hess Markus